

## **Kleine Anfrage 1994**

des Abgeordneten Christoph Schulze  
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

### **II. Folgen der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. November 2015 zum Kommunalabgabengesetz (KAG) für das Land Brandenburg oder die kommunalem Aufgabenträger**

#### **Erfolgreiche Verfassungsbeschwerden gegen die rückwirkende Festsetzung von Kanalanschlussbeiträgen – Urteil 1 BvR 2961/14, 1 BvR 3051/14**

Über die Novellierung des § 8 Abs. 7 Satz 2 des Kommunalabgabengesetzes im Jahr 2004 durch die seiner Zeit amtierende Landesregierung nach dem Beschluss des Bundesverfassungsgericht vom 12. November 2015 wurde höchstrichterlich geurteilt, dass die Anwendung des 2004 geänderten Paragraphen 8 des Brandenburger KAG eine unzulässige echte Rückwirkung entfaltet.

Der Grundsatz des Vertrauensschutzes wurde mit der Novellierung des § 8 Abs. 7 Satz 2 des Kommunalabgabengesetzes im Jahr 2004 durch den Gesetzgeber, sprich durch die seinerzeit amtierende Landesregierung, verletzt.

Und Zitat: „Das allgemeine Ziel der Umgestaltung des Abgabenrechts sowie fiskalische Gründe rechtfertigen die rückwirkende Abgabenbelastung hier nicht; dies gilt auch vor dem Hintergrund der besonderen tatsächlichen und rechtlichen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung.“

Damit hat die Landesregierung die heutige Situation mit zu verantworten, weil sie die Novellierung des § 8 Abs. 7 Satz 2 des Kommunalabgabengesetzes im Jahr 2004 in den Landtag eingebracht und damit die heute weitreichenden finanziellen Auswirkungen der unzulässigen Rückwirkung des § 8 Abs. 7 Satz 2 n. F. begründet sowie immer wieder gefordert hat.

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung:

1. Trifft es zu, dass die amtierende Landesregierung für die Rückzahlung der bestandskräftigen Bescheide der Wasserzweckverbände in Höhe von 400 Mio. Euro nicht aufkommt?
2. Trifft es zu, dass die Wasserzweckverbände von den Grundstückseigentümern, die keine Anschlussbeiträge nach dem Beschlusses 1 BvR 2961/14, 1 BvR 3051/14 des Bundesverfassungsgerichtes zahlen müssen, zukünftig höhere Nutzungsgebühren verlangen müssen, wenn mehr als 10 % aller jemals erlassenen Beitragsbescheide beim jeweiligen Aufgabenträger von der Rückzahlung be-

troffen sind oder der Aufgabenträger alle jemals von ihm erhobenen Beiträge erstattet (Umstellung auf reine Gebührenfinanzierung)? Wie soll das in der Praxis laufen und wie lange sollen die höheren Benutzungsgebühren von den Bürgern bezahlt werden? Zahlen damit die Betroffenen nicht doch wieder ein 2. Mal für bereits vorhandene Anschlüsse?

3. Trifft es zu, dass nicht alle Wasserzweckverbände im Land Brandenburg finanziell in der Lage sind, alle jemals von ihnen eingezogenen Beiträge rück zu erstatten? Wie viele Wasserzweckverbände im Land Brandenburg sind nicht in der Lage, alle jemals von ihnen erhobenen Beiträge zu erstatten? Wenn die Landesregierung dies nicht weiß, wie gedenkt sie diese Wissenslücke zu schließen?
4. Trifft es zu, dass die Wasserzweckverbände die Kosten für die Bearbeitung von Rückforderungsanträgen, der Rechtsverfolgung von Beitragsschuldnern, Prozesskostenerstattungen, Rückzahlung von Säumniszuschlägen, Stundungszinsen und Mahngebühren aufgrund des Beschlusses 1 BvR 2961/14, 1 BvR 3051/14 des Bundesverfassungsgerichtes nicht über die Gebühren refinanzieren können?
5. Trifft es zu, dass die Landesregierung nicht die Kosten für die Bearbeitung von Rückforderungsanträgen, der Rechtsverfolgung von Beitragsschuldnern, Prozesskostenerstattungen, Rückzahlung von Säumniszuschlägen, Stundungszinsen und Mahngebühren aufgrund des Beschlusses 1 BvR 2961/14, 1 BvR 3051/14 des Bundesverfassungsgerichtes nicht übernimmt? Wenn ja, wer trägt dann diese Kosten, die auf Verantwortung der Landespolitik entstanden sind?
6. Trifft es zu, dass die Kosten für die Bearbeitung von Rückforderungsanträgen, der Rechtsverfolgung von Beitragsschuldnern, Prozesskostenerstattungen, Rückzahlung von Säumniszuschlägen, Stundungszinsen und Mahngebühren aufgrund des Beschlusses 1 BvR 2961/14, 1 BvR 3051/14 des Bundesverfassungsgerichtes in den Gemeinden nur durch Verbandsumlagen der Zweckverbände bzw. durch Erhöhung von Steuern oder/und Reduzierung freiwilliger Aufgaben der Gemeinden decken sollen?